

**Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Fremdenverkehr, Planung und Bau
FrePla/002/2016**

Sitzungstermin: Dienstag, 26.04.2016

Sitzungsbeginn: 15:30 Uhr

Sitzungsende: 18:43 Uhr

Ort: im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 193, 3. OG Zimmer 314

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Herr Klaus-Dieter Reder

Mitglieder

Herr Manfred Cordes
Herr Jürgen de Buhr
Herr Heiner Eisenhauer
Herr Benjamin Feiler
Herr Edgar Weiss
Herr Reiner Zigan

Stellv. Mitglieder

Herr Alfred Marzodko

von der Verwaltung

Herr Johannes Bohlen
Herr Dietmar Schoon
Herr Bürgermeister Friedrich Völler

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Herr Ingo Lenz
Herr Horst-Richard Schlösser

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 03.02.2016
- 4 Antrag der Gruppe SPD vom 24.04.2015 bzgl. einer Vergaberegulung bei der Grundstücksvermarktung
Vorlage: AN/087/2015
- 5 Antrag der Gruppe SPD vom 08.02.2016 bzgl. des Breitbandausbaus in der Stadt Wiesmoor
Vorlage: AN/027/2016
- 6 Antrag der Gruppe GfW vom 09.02.2016 bzgl. der Erarbeitung eines Bebauungsplanes für die Sonderbaufläche Windenergie in Wiesmoor-Süd
Vorlage: AN/030/2016
- 7 Antrag der Gruppe WB vom 22.03.2016 bzgl. der Einrichtung von Ortsräten in der Stadt Wiesmoor
Vorlage: AN/055/2016
- 8 Sozialer Wohnungsbau
- 8.1 Antrag der Gruppe SPD vom 08.11.2015 bzgl. der Realisierung von sozialem Wohnungsbau
Vorlage: AN/248/2015
- 8.2 Antrag der Gruppe WB vom 04.02.2016 bzgl. der Klärung und der Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus
Vorlage: AN/023/2016
- 9 Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016 bezgl. Hochspannungsleitung 110 kV
Vorlage: AN/072/2016
- 10 Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016 bezüglich 220/380 kV Höchstspannungsleitung - Raumordnungsverfahren
Vorlage: AN/073/2016
- 11 Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016 bezüglich projektierte Baugebiete der Stadt Wiesmoor
Vorlage: AN/074/2016
- 12 Umstellung der Ortsbeleuchtung auf LED
hier: Bericht der Verwaltung
Vorlage: IV/067/2016
- 13 Schriftliche Anträge, Anfragen und Anregungen
- 14 Einwohnerfragestunde gem. § 17 i. V. m. § 23 der GO

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Reder eröffnet die Sitzung um 15:30 Uhr und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Mitglieder der Verwaltung, die Pressevertreter sowie die Zuschauer.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Der BGM weist darauf hin, dass der Punkt 8 der Sitzungsvorlage entfallen kann. Dieser sei bedingt durch das EDV-Programm aufgenommen worden. Nur die Punkte 8.1 sowie 8.2 laut Vorlage sollten in der Sitzung behandelt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Vorsitzende abstimmen. Die Abstimmung erfolgt einstimmig. Der Punkt 8 der Vorlage wird somit gestrichen. Alle weiteren TOP werden gemäß Vorlage behandelt.

Der Tagesordnungspunkt 2 wird geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja: 7

TOP 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 03.02.2016

Der Ausschussvorsitzende lässt hierzu abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

Der Tagesordnungspunkt 3 wird geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 4 Antrag der Gruppe SPD vom 24.04.2015 bzgl. einer Vergaberegeling bei der Grundstücksvermarktung Vorlage: AN/087/2015

Sachverhalt:

Der Verwaltung liegt ein Antrag der SPD-Stadtratsgruppe Wiesmoor auf Schaffung einer Regelung für eine bevorzugte Vergabe von städtischen Baugrundstücken für Wohnbebauung an Käufer, die nachweislich noch keinen Grundbesitz haben, vor.

Das Angebot stadteigener Baugrundstücke deckt nach den Erfahrungen der letzten Jahre bei weitem nicht die Nachfrage der Kaufinteressenten. Die Grundstücke werden deshalb aus Gründen der Fair-

26.04.2016

ness im Losverfahren vergeben. Mit Ausnahme der Unterscheidung zwischen Einfamilien- und Doppelhausgrundstücken findet keine weitere Steuerung der Zuteilung statt.

Die SPD-Stadtratsfraktion begründet ihren Antrag damit, jungen Kaufinteressenten, die mit dem Grunderwerb in der Regel das erste Eigenheim für die Familie schaffen wollen, attraktive Bauplätze zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Regelung soll der Verbleib dieser Gruppe gesichert und deren Zuzug in die Stadt Wiesmoor gefördert werden. Die damit verbundene Kauf- und Steuerkraft, eine Verbesserung der demografischen Entwicklung, sowie die Sicherstellung der Auslastung der Wiesmoorer Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen ist dabei nach Ansicht der SPD-Stadtratsgruppe nicht zu unterschätzen.

Im aktuellen Baugebiet „Haferweg“ hatten sich rd. 90 Kaufinteressenten für 30 Baugrundstücke beworben. Die Grundstücke wurden somit im Losverfahren vergeben. Viele junge Kaufinteressenten, die mit dem Grundstückserwerb eine Existenzgründung für die Familie schaffen wollten, gingen dabei leer aus und brachten anschließend gegenüber der Verwaltung ihren Unmut hierüber zum Ausdruck.

Seitens der Verwaltung wurde deshalb der dieser Vorlage beigelegte „Entwurf einer Vergaberichtlinie für Baugrundstücke“ unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit den letzten Baugebieten erstellt. Das Ausschussmitglied R. Zigan betritt den Raum, 15:33Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 4 und erteilt der Antragstellerin das Wort. Ausschussmitglied Feiler erläutert nochmals den bekannten und bereits behandelten Antrag und erklärt, dass die Antragstellerin dem Vorschlag der Verwaltung folgt. Hierzu erläutert die Verwaltung nochmals den Entwurf einer Vergaberichtlinie für städtische Baugrundstücke. Dieser wurde in den Fraktionen und Gruppe bereits ausführlich diskutiert.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt den Vorschlag der Verwaltung und eröffnet die Aussprache.

Ausschussmitglied Weiss erhält das Wort und bemängelt die Sitzungsvorlage und Vorgehensweise der Verwaltung. Die Gruppe WB fühlt sich bei der Behandlung von Anträgen benachteiligt, so Weiss.

BGM Völler erwidert, dass alle vier im Rat der Stadt Wiesmoor vertretenden Gruppen und Fraktionen gleich behandelt werden. Ein Antrag an die Stadt reicht aus. Die Verwaltung wird diesen dann bearbeiten.

Ausschussmitglied de Buhr kann die Wortmeldung von Herrn Weiss nicht nachvollziehen, da diese Thematik bereits hinlänglich diskutiert wurde.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, sich bitte in ihren Wortmeldungen auf den Tagesordnungspunkt zu beziehen.

Ausschussmitglied Weiss vermisst in der Vergaberichtlinie den Aspekt Sozialer Wohnungsbau. Laut Herrn Weiss sollte ein Prozentsatz x an Bauflächen für den Sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden.

Ausschussmitglied Feiler teilt mit, dass die Gruppe SPD die Problematik ebenfalls diskutiert und verweist auf den Tagesordnungspunkt 8 dieser Sitzung. Hierzu soll ein Antrag gestellt werden.

Der Vorsitzende Reder stellt an die Verwaltung die Frage, wie der Soziale Wohnungsbau sichergestellt werden kann.

Die Verwaltung teilt mit, dass dieses im Einzelfall geprüft werden müsse. Die Verwaltung kann jedoch die Diskussion nicht nachvollziehen, da laut vorliegendem Entwurf alle Gesellschaftsgruppen berücksichtigt werden.

Der Ausschussvorsitzende schenkt der Verwaltung das Vertrauen und erwartet, dass diese mit Augenmaß handelt.

Ausschussmitglied Feiler betont nochmal, dass die Antragstellerin der Vorlage folgt und wünscht nun die Abstimmung.

26.04.2016

Ausschussmitglied Weiss wünscht eine Ergänzung zum Sozialen Wohnungsbau mit der Maßgabe, dass 10% der Wohnbauflächen für den Sozialen Wohnungsbau drei Jahre bereitzuhalten seien. Herr Weiss stellt hierzu mündlich einen entsprechenden Antrag.

BGM Völler stellt klar, dass die Aufgabe an die Verwaltung die Erstellung einer Richtlinie zur Vergabe von städtischen Baugrundstücken war. Derzeit stünden jedoch keine Grundstücke zur Verfügung. Vielmehr könne man die Bauleitplanung als Instrument zur Realisierung von Geschosswohnungsbau oder Mehrfamilienhäusern in künftigen Baugebieten nutzen. Eine starre Regelung durch Prozentsätze hält er für nicht erforderlich.

Ausschussmitglied Zigan ergänzt, dass Sozialer Wohnungsbau nicht überall sinnvoll sei und dieser durchaus zu Konfliktpunkten führen kann.

Ausschussmitglied Weiss erwidert, dass man Sozialen Wohnungsbau nicht mit Konfliktpunkten gleichsetzen möge. Er wünscht die Ergänzung als Antrag zu behandeln.

Ausschussmitglied de Buhr fordert, den Entwurf der Vergaberichtlinie gemäß der Vorlage zu beschließen. Es sei genügend Zeit vergangen, um Änderungswünsche oder Ergänzungen an die Verwaltung heranzutragen.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Aussprache und lässt über den Antrag des Ausschussmitgliedes Weiss bezüglich der Ergänzung abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt mit 1 Ja-Stimme und 7 Nein-Stimmen. Der Antrag auf Ergänzung des Entwurfes der Vergaberichtlinie ist somit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt gemäß Vorlage abstimmen.
Der Empfehlungsbeschluss ergeht mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Der Tagesordnungspunkt 4 wird geschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, die Vergaberichtlinie für Baugrundstücke in der vorgelegten Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 1

TOP 5 Antrag der Gruppe SPD vom 08.02.2016 bzgl. des Breitbandausbaus in der Stadt Wiesmoor
Vorlage: AN/027/2016

Sachverhalt:

Der Breitbandausbau in der Bundesrepublik ist in aller Munde. Hierzu gibt es verschiedenste Forderungen, Meinungen und Denkansätze.

Die Verwaltung führt seit Jahren Gespräche mit den örtlichen Kommunikationsanbietern, um die vorhandene Infrastruktur weiter zu verbessern und um eine ausreichende Mindestversorgung bereitstellen zu können, denn eine gute DSL-Versorgung bedeutet einen Standortvorteil.

Die Verwaltung hat alle bekannten Daten grafisch zusammengefasst. Die Versorgungslücken im Stadtgebiet sind somit bekannt.

26.04.2016

Auch der Landkreis Aurich hat für das gesamte Kreisgebiet eine Strukturplanung im Bereich Breitbandversorgung in Auftrag gegeben. Beauftragt ist die Firma BIB Tech aus Rodenberg. Diese trägt derzeit kreisweit alle relevanten und bekannten Daten zusammen. Parallel wurde im Januar und Februar dieses Jahres in Zusammenarbeit mit Breitband-Kompetenzzentrum des Landes Niedersachsen eine kreisweite Umfrage an die Bevölkerung durchführt. Abschließende Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt der Antragstellerin das Wort.

Für die Antragstellerin verliest das Ausschussmitglied Feiler den Antrag und erläutert diesen.

Der Verwaltung wird hierzu das Wort erteilt. Sie erläutert anhand grafischer Darstellungen den derzeitigen Sachstand in Bezug auf den Breitbandausbau auf dem Gebiet der Stadt Wiesmoor.

Versorgungslücken sind vor allem in Zwischenbergen, in Mullberg an der Gemeindegrenze zu Friedeburg und Wiesederfehn vorhanden.

Die Verwaltung sieht, wie bereits in der Vorlage beschrieben, einen guten DSL-Ausbau als wesentlichen Standortvorteil für Wiesmoor an.

Seit 2010 wird seitens der Verwaltung in wiederholten Gesprächen mit den Netzbetreibern stetig auf einen zügigen Netzausbau gedrängt. Man steht hier in ständigem Austausch.

Für 2016 sind durch die Deutsche Telekom weitere Maßnahmen in Hinblick auf die Einführung von Vectoring angekündigt.

Auf die Nachfrage nach Förderung des Breitbandausbaus teilt die Verwaltung mit, dass nur Maßnahmen ab einer Investitionssumme von 500.000 € bis zu 5.000.000 € mit maximal 25% gefördert werden.

Die Stadt Wiesmoor kann jedoch durch die Verlegung und Bereitstellung von Leerrohren im Zuge von Straßenbaumaßnahmen, u.a. Radweg B436 nach Friedeburg oder Sanierung Radweg Neuer Weg, zum Breitbandausbau in Wiesmoor beitragen.

Ab Mitte 2016 soll die Verlegung von Leerrohren in Neubaugebieten ohnehin zwingend vorgeschrieben sein.

Wie bereits in der Vorlage mitgeteilt, hat der Landkreis Aurich für das gesamte Kreisgebiet die Firma BIB Tech mit der Strukturplanung im Bereich Breitbandausbau beauftragt.

Diese trägt derzeit kreisweit alle relevanten und bekannten Daten zusammen. Parallel wurde im Januar und Februar diesen Jahres in Zusammenarbeit mit dem Breitband-Kompetenzzentrum des Landes Niedersachsen eine kreisweite Onlineumfrage durchführt. Abschließende Ergebnisse liegen jetzt vor. Der Kreistag des Landkreises Aurich soll im Juni 2016 zu den Ergebnissen und sich daraus ergebenden Maßnahmen informiert werden.

In Wiesmoor beteiligten sich 218 Haushalte an der Onlineumfrage. Kreisweit ca. 5% der Haushalte. Dieses entspricht dem Landesdurchschnitt in Niedersachsen.

In den einzelnen Ortteilen zeigt sich die Teilnahme der Haushalte wie folgt:

Zwischenbergen	68 Haushalte
Mullberg	18 Haushalte
Wiesmoor	50 Haushalte
Wieken	57 Haushalte
Hinrichsfehn	4 Haushalte
Marcardsmoor	6 Haushalte
Wiesederfehn	10 Haushalte
Voßbarg	5 Haushalte

Die Beteiligung liegt in Wiesmoor mit ca. 3,63% unterhalb des Landesdurchschnittes.

Abschließend teilt die Verwaltung mit, dass man bereits mit den Mobilfunkanbietern in Kontakt steht, um den LTE-Ausbau weiter voranzutreiben.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

26.04.2016

Ausschussmitglied de Buhr erhält das Wort. Er bedankt sich ebenfalls für die Ausarbeitung seitens der Verwaltung und sieht den Tagesordnungspunkt 5 als abgearbeitet an.

Der Ausschussvorsitzende Reder schließt den Tagesordnungspunkt 5.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 6 Antrag der Gruppe GfW vom 09.02.2016 bzgl. der Erarbeitung eines Bebauungsplanes für die Sonderbaufläche Windenergie in Wiesmoor-Süd Vorlage: AN/030/2016

Sachverhalt:

Die Gruppe GfW beantragt mit Schreiben vom 09.02.2016 die Erstellung eines Bebauungsplanes für die im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Wiesmoor (37. Änderungsverfahren) dargestellten Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung Windenergieanlagen, so wie dieses bereits für den Windpark Hinrichsfehn erfolgt ist. Der Plan soll dann in öffentlicher Sitzung vorgestellt und abschließend vom Rat verabschiedet werden. Die Schwerpunkte der Planung sollen Höhe und Anzahl der Windenergieanlagen, die Abstandsregelungen zum Innen- und Außenbereich, die naturschutzfachlichen Belange und Vorgaben, das Landschaftsbild sowie immissionsrechtlichen Grundlagen sein.

Die Thematik sollte vom Antragsteller in der Sitzung vorgetragen und erläutert werden. In der Sitzung sollte dann beraten werden, ob weitere städtebauliche Planungen in Form eines Bebauungsplanes für das angesprochene Plangebiet erarbeitet werden sollen. Die Verwaltung wird sich zum Stand des Genehmigungsverfahrens für die beantragten vier Windenergieanlagen äußern.

Der Vorsitzende Reder eröffnet den Tagesordnungspunkt 6 und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Ausschussmitglied Marzodko von der Gruppe GfW verliest den Antrag der Gruppe GfW vom 09.02.2016 und wünscht Auskunft zur derzeitigen baurechtlichen Situation in Bezug auf die Windkraft.

Der Verwaltung wird das Wort erteilt. Fachbereichsleiter J. Bohlen erläutert die derzeitige baurechtliche Situation in Wiesmoor. Hierzu wird die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wiesmoor als Konzentrationsplanung Windenergie ausführlich erklärt. Die zeichnerische Darstellung wird über den Beamer präsentiert. Fachbereichsleiter J. Bohlen teilt dem Ausschuss mit, dass bekanntlich dem Landkreis Aurich ein Genehmigungsantrag zur Errichtung vier weiterer Windenergieanlagen mit einer Nabenhöhe von 135,5m nach dem BimschG vorliegt. Der vorliegende Antrag mit den geplanten Standorten wird erläutert. Die Stadt hat hierzu eine negative Stellungnahme abgegeben und das Einvernehmen nicht hergestellt.

Ein Bebauungsplan könne sicherlich die Bebauung lenken, jedoch sieht die Verwaltung derzeit keine Begründungsmöglichkeit für einen entsprechenden Bebauungsplan mit Höhenbegrenzung. Zudem könne ein Vertrauensschaden nach § 39 BauGB für den Antragsteller und die Grundstückseigentümer entstehen. Der Grundstückswert sinkt merklich. Eine Entschädigung könne anstehen, so J. Bohlen.

Die Kommentierung geht davon aus, dass der Flächennutzungsplan als Konzentrationsplanung, wie hier vorhanden, einem Bebauungsplan gleichgesetzt wird. Fachbereichsleiter J. Bohlen sieht ggfs. eine Rechtsberatung für erforderlich und schließt seine Ausführungen.

Ausschussmitglied Marzodko als Antragsteller bedankt sich. Ihm reichen die Ausführungen soweit aus.

Der Ausschussvorsitzenden Reder eröffnet die Aussprache.

Das Ausschussmitglied Weiss erhält das Wort und resümiert den Vortrag der Verwaltung. Er wünscht eine Rechtsberatung hinsichtlich der möglichen Regressforderungen.

26.04.2016

Fachbereichsleiter Bohlen betont nochmals, falls eine Höhenbegrenzung beschlossen werde, es durchaus zu Regressforderungen kommen kann.

Ausschussmitglied Weiss erkundigt sich nach der Ausweisung weiterer Potentialflächen für die Windenergie. Zudem erkundigt sich Weiss nach dem TÜV-Gutachten bezüglich der Überprüfung der Lärmthematik der bestehenden Anlagen.

Fachbereichsleiter J. Bohlen teilt mit, dass hierzu im Verwaltungsausschuss berichtet werde. Bei Ausweisung weiterer Flächen für die Windenergie sieht er durchaus die Chance auf einen Bebauungsplan mit entsprechender Höhenbegrenzung. Die TÜV-Gutachten sind der Verwaltung nicht bekannt, so Fachbereichsleiter Bohlen. Diese müssten seitens des Landkreises Aurich bereitgestellt werden. Die Hergabe des Gutachtens ist bereits beim Landkreis Aurich mehrfach angefragt worden.

BGM Völler erhält das Wort. Er erläutert nochmals den Sachverhalt bezüglich des dem Landkreis Aurich vorliegenden Antrages zur Errichtung von vier Windenergieanlagen im Bereich Wiesmoor-Süd. Da die Stadt Wiesmoor das Einvernehmen nicht hergestellt habe, wird die Stadt Wiesmoor hierzu ohnehin erneut gehört.

Die Ausweisung weiterer Flächen für die Windenergie im Bereich westlich des Birkhahnweges entlang der Gemeindegrenze zu Uplengen sei sehr problematisch, so BGM Völler. Er stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt an die Fraktionen und Gruppen zu verweisen.

Der Antragssteller stimmt dem zu.

Ausschussmitglied Weiss bemängelt, dass ihm die Stellungnahme der Stadt Wiesmoor bezüglich des Antrages zur Errichtung von vier Windenergieanlagen nicht vorläge.

Fachbereichsleiter Bohlen sagt zu, dass die Stellungnahme als Anlage zum Protokoll zugesandt wird. Zudem sollen Mitte bis Ende Mai die UVP zum Antrag vorliegen. Diese geht den Fraktionen und Gruppen zu.

Der Ausschussvorsitzende Reder schließt die Aussprache und lässt über einen Verweis an die Fraktionen und Gruppen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt mit 8 Ja-Stimmen einstimmig. Somit wird der Tagesordnungspunkt an die Fraktionen verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende Reder schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 7 Antrag der Gruppe WB vom 22.03.2016 bzgl. der Einrichtung von Ortsräten in der Stadt Wiesmoor Vorlage: AN/055/2016

Sachverhalt:

Die Gruppe WB beantragt mit Schreiben vom 22.03.2016 die Einrichtung von Ortsräten in der Stadt Wiesmoor. Dieser Antrag wurde als Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Fachausschusses für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau beantragt.

Die Verwaltung möchte darauf hinweisen, dass der Fachausschuss für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau für diese Angelegenheit nicht zuständig ist. Es wird vorgeschlagen, den Antrag ohne weitere Aussprache zur Beratung und Vorbereitung an den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

26.04.2016

Der Ausschussvorsitzende eröffnet diesen Tagesordnungspunkt und verliest den Antrag auf Einrichtung von Ortsräten der Gruppe WB vom 22.03.2016.

Der Ausschussvorsitzende bezweifelt, dass dieser Fachausschuss für diese Thematik der korrekte Ausschuss sei.

Dem Ausschussmitglied Weiss wird das Wort erteilt. Er bemängelt, warum dieser Antrag an den Verwaltungsausschuss verwiesen werden und nicht öffentlich diskutiert werden soll. Weiss fragt, ob die Verwaltung die Öffentlichkeit scheue.

BGM Völler betont, dass die Verwaltung keineswegs eine öffentliche Diskussion zu dieser Thematik scheue, jedoch die Anträge an den korrekten Ausschuss gestellt werden müssten. BGM Völler stellt den Antrag auf Abstimmung gemäß der Vorlage mit Verweis an den Verwaltungsausschuss.

Ausschussmitglied Weiss betont, dass die Gruppe WB einen Antrag an diesen Fachausschuss durchaus für vertretbar hält.

Ausschussmitglied Marzodko fordert einen Verweis an den Verwaltungsausschuss und den Rat der Stadt Wiesmoor. Er sieht die Ortsteile durch die Vertreter im Rat, welche aus allen Ortsteilen stammen, genügend vertreten. Zudem möge man die entstehenden Kosten bedenken.

Ausschussmitglied de Buhr fordert eine Abstimmung gemäß dem vorliegenden Beschlussvorschlag mit Verweis an den Verwaltungsausschuss.

Der Ausschussvorsitzende Reder sieht mit dem Antrag der Gruppe WB schlicht die Zielsetzung, diese Thematik öffentlichkeitswirksam zu diskutieren. Die Zuständigkeit liegt nicht bei diesem Ausschuss, so der Ausschussvorsitzende. Er schließt die Aussprache.

Der Ausschussvorsitzende lässt gemäß der Beschlussvorlage abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt mit 7 Ja- und 1 Nein-Stimmen.

Der Antrag ist somit an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag der Gruppe WB auf Einrichtung von Ortsräten in der Stadt Wiesmoor an den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja: 7 Nein: 1 Enthaltung: 0

TOP 8 Sozialer Wohnungsbau

TOP 8.1 Antrag der Gruppe SPD vom 08.11.2015 bzgl. der Realisierung von sozialem Wohnungsbau **Vorlage: AN/248/2015**

Sachverhalt:

Der Antrag der SPD-Stadtratsgruppe vom 08.11.2015 war bereits der Sitzungsvorlage zur Sitzung des Rates am 14.12.2015 beigefügt. Die SPD-Stadtratsgruppe hatte den Antrag in der Fachausschusssitzung am 21.12.2015 vorgestellt und begründet. Die Flüchtlings- bzw. Zuwanderungssituation stellte zum damaligen Zeitpunkt eine Herausforderung für alle Beteiligten dar und war auch im Hinblick auf

26.04.2016

die Zuweisungsquoten, insbesondere für die Stadt Wiesmoor im Hinblick auf die Wohnraumfrage von besonderer Bedeutung. Bei den Berechnungen wurde von einer von Niedersachsen aufzunehmenden Quote von 100.000 Personen jährlich ausgegangen, d.h., von einer Zahl von ca. 1. Mio. Flüchtlingen jährlich bundesweit. Damals war somit für Wiesmoor mit einer weiteren erheblich steigenden Zahl von Flüchtlingen im Rahmen der sogenannten Verteilerquote zu rechnen. Deshalb wurde im Haushaltsplan für 2016 ein Betrag in Höhe von 1.350.000 € für den sozialen Wohnungsbau aufgenommen. Ebenso sollte im Zusammenwirken mit dem Landkreis Aurich nach geeigneten Baugrundstücken gesucht werden.

Entsprechende Flächen wurden inzwischen gesucht und gefunden. Die Zahl der Flüchtlinge ist jedoch sehr stark zurückgegangen. Kamen Anfang 2016 noch ca. 3.000 Flüchtlinge wöchentlich nach Niedersachsen, so waren es Anfang April 2016 noch ca. 300 Flüchtlinge wöchentlich, also nur noch ca. 10 %.

Die Absicht in Gebäuden für den sozialen Wohnungsbau zunächst für einige Jahre Flüchtlinge unterzubringen und so wesentliche Teile der Investitionen zeitnah zu refinanzieren, musste daher aufgegeben werden. Der zuständige Landkreis Aurich war nicht bereit, Mietzusagen zu übernehmen. Die Gebäude müssten daher direkt für sozial Schwächere gebaut werden. Hier ist das Problem, dass sich die Gebäude erst über einen Zeitraum von ca. 40 – 42 Jahren refinanzieren würden. Die notwendigen Kommunalkredite werden aber nur für einen maximalen Zeitraum von 30 Jahren vergeben. Dadurch würden sich Liquiditätslücken ergeben, da der jährliche Refinanzierungsbetrag geringer wäre als der Tilgungsbetrag. Eine weitere Rolle spielt noch der geringere Abschreibungsbetrag durch eine Abschreibungszeit von 90 Jahren. Ursache für dieses Missverhältnis ist unter anderem die Tatsache, dass nach Auskunft von Fachleuten „Bauen derzeit sehr teuer ist“.

Die Verwaltung schlägt daher vor, derzeit keine Gebäude für den sozialen Wohnungsbau zu bauen. Stattdessen sollte die Stadt Wiesmoor „die Situation im Auge behalten“. Eventuell könnten auch Grundstücke gesucht werden, die privaten Investoren oder dem Landkreis Aurich für entsprechende Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2, nachdem sich der Ausschuss geeinigt hat, aufgrund der Thematik beide Punkte gemeinsam zu behandeln.

Die Gruppe SPD erhält das Wort. Ausschussmitglied Feiler hält den Antrag vom 08.11.2015 im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik bereits in anderen Gremien für ausreichend behandelt.

Der Ausschussvorsitzende verliest sowohl den Antrag der Gruppe SPD als auch den Antrag der Gruppe WB vom 04.02.2016.

BGM Völler verlässt den Raum, 17:02 Uhr.

Fachbereichsleiter Bohlen erhält das Wort und erläutert den Sachverhalt. Er erläutert die Vorlage und den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

BGM Völler nimmt an 17:03 Uhr wieder an der Sitzung teil..

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Aussprache.

Ausschussmitglied Feiler übereicht den Antrag der Gruppe SPD vom 26.04.2016 als Ergänzung zum Antrag vom 08.11.2015 und wünscht, dass die Verwaltung nach weiteren Lösungsmöglichkeiten suchen möge, u. a. mit Hilfe von Investoren.

Ausschussmitglied Weiss beklagt, dass die Gruppe SPD nicht von der Verwaltung erwirken könne, was mit Haushaltsmitteln i. H. v. 1,35 Mio. € zu geschehen habe. Er fragt, was nun weiter geschehen solle?

Ausschussmitglied Feiler betont, dass Vorschläge vorliegen, man jedoch die Gesamtsituation abwarten möge.

26.04.2016

Der Ausschussvorsitzende Reder betont, dass die Haushaltsmittel im Hinblick auf die Flüchtlingssituation 2015 bereitgestellt wurden.

Ausschussmitglied de Buhr merkt an, dass die Summe von 1,35 Mio. € kreditfinanziert ist. Entsprechende Rechenbespiele zur Refinanzierung liegen vor.

Der Ausschussvorsitzende Reder wünscht hierzu eine Aussage des Bürgermeisters, da die Neuverschuldung unweigerlich steigen wird.

BGM Völler betont, dass die Verwaltung den Auftrag erhalten habe, sich mit der Thematik Flüchtlingsunterkünfte und Sozialer Wohnungsbau zu beschäftigen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Für eine Realisierung seien 1,35 Mio. € im Haushalt 2016 bereitgestellt worden. Diese Mittel sind zwar kreditfinanziert, jedoch muss die Stadt Wiesmoor diese Kredite keinesfalls abrufen. Der Bürgermeister verweist auf die Finanzierungslücke. Die muss gesichert sein. Daher liegt dem Ausschuss die Beschlussvorlage vor, den Wohnungsbau derzeit nicht weiter zu verfolgen. Im Hinblick auf Sozialen Wohnungsbau, Förderung durch das Land Niedersachsen und die Schaffung von subventioniertem Wohnraum bedarf es einer politischen Entscheidung. Der Bedarf an preisgünstigen Wohnraum in Wiesmoor ist vorhanden, so der Bürgermeister. Verschiedene Modelle seien denkbar.

Ausschussmitglied Weiss erkundigt sich nach der weiteren Verwendung der bereitgestellten Haushaltsmittel und fragt, wie die politischen Fraktionen u. Gruppen weiter vorgehen wollen. Herr Weiss würde die Thematik an die Fraktionen und Gruppen verweisen.

Der Ausschussvorsitzende wünscht sich, um sich eine Meinung bilden zu können, weitere Informationen von der Verwaltung, Fachbereich 2.

Ausschussmitglied Feiler erwartet einen konstruktiven Vorschlag der Gruppe WB. Auch er wünscht einen Verweis der Thematik an die Fraktionen und Gruppen.

Bürgermeister Völler betont nochmals, dass die Verwaltung ohne weiteren politischen Auftrag die Thematik nicht weiter verfolgen wird.

Ausschussmitglied Zigan fügt an, dass eine Kostenrechnung und Kostendeckung für das weitere Vorgehen unbedingt erforderlich seien.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Aussprache und macht den Vorschlag, die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 an die Fraktionen und Gruppen zu verweisen.

Der Ausschussvorsitzende lässt entsprechend abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt mit 8 Ja-Stimmen einstimmig.

Die Tagesordnungspunkte werden somit an die Fraktionen verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, derzeit keine Gebäude für den sozialen Wohnungsbau zu bauen und „die Situation im Auge zu behalten“.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 0

26.04.2016

TOP 8.2 Antrag der Gruppe WB vom 04.02.2016 bzgl. der Klärung und der Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus
Vorlage: AN/023/2016

Sachverhalt:

Hierzu wird auf den Sachverhalt zur Vorlagen Nr. AN/248/2015, TOP 8.2 der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau vom 26.04.2016 verwiesen.

Der Ausschuss einigt sich, die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 gemeinsam zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 9 Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016 bezgl. Hochspannungsleitung 110 kV
Vorlage: AN/072/2016

Sachverhalt:

Zu Unterpunkt 1:

Bekanntlich weigert sich die Avacon AG nach wie vor zur Herausgabe des Gutachtens über die Ursachen des Leiterseilrisses der 110-kV-Leitung und verweist stattdessen auf mehrere Gesprächsangebote. Auch das als Energieaufsichtsbehörde zuständige Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz sieht keine Möglichkeit zu intervenieren. Aus diesem Grunde ist man in der Sitzung des VA am 14.10.2015 übereingekommen, den Klageweg vorerst nicht zu beschreiten und stattdessen politische Mandatsträger einzuschalten. Aus diesem Grunde wurde MdB Johann Saathoff als Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen sowie als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie eingeschaltet. Eine endgültige Antwort des Herrn Saathoff steht noch aus.

Zu Unterpunkt 2:

Bekanntlich arbeitet die Verwaltung an der Erstellung eines allgemeinen Gefahrenabwehrplanes für die Stadt Wiesmoor. Über die Zuständigkeiten und die Inhalte eines solchen Planes hat die Verwaltung bereits in mehreren Sitzungen vorgetragen. Ursprüngliche Zielsetzung war, die Grundzüge eines solchen Planes durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Feuerwehr und Verwaltung, bis zum Ende des Jahres 2015 fertigzustellen. Nicht zuletzt aufgrund der Arbeitsbelastung des Ordnungsamtes und der längeren Erkrankung des zuständigen Fachbereichsleiters konnte dieser Termin leider nicht eingehalten werden. Im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten wird jedoch mit Nachdruck an der Thematik gearbeitet. Es kann jedoch mitgeteilt werden, dass der für die Öffentlichkeit bestimmte Teil mit den Verhaltensregeln für die Bevölkerung bei Gefahrensituationen in Kürze veröffentlicht wird.

Die Verwaltung wird über die Thematik weiter berichten.

Zu Unterpunkt 3:

Zur Verlegung des Umspannwerkes und zur Trassenfindung fanden mehrere Arbeitskreissitzungen "Hochspannung" statt. Der politische Auftrag lautet, die Thematik im Arbeitskreis zu erarbeiten und dort geeignete Vorschläge zu machen. Deswegen wurden andere noch nicht endgültig behandelte Anträge in dieser Richtung auch nicht auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt. Abschließende Ergebnisse des Arbeitskreises liegen noch nicht vor, was auch den Antragstellern bekannt ist.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 9 und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Ausschussmitglied Cordes verlässt den Raum, 17:28 Uhr.

26.04.2016

Ausschussmitglied Weiss verliest den Antrag von 12.04.2016 und erläutert die Situation zum Leiterseilriss der 110kV-Leitung Wiesmoor - Conneforde. Weiss fragt an, ob der Verwaltung das Gutachten zum Leiterseilriss vorliegt oder ob man den Klageweg bestreiten müsse.

BGM Völler gibt an, dass sehr wohl bekannt sei, warum das Leiterseil gerissen sei. Die Betreiberin AVACON will das Gutachten jedoch nicht aushändigen. Es wird auf den Datenschutz verwiesen.

Ausschussmitglied Cordes nimmt ab 17:31 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ausschussmitglied Weiss kann den Grund des Leiterseilrisses nicht nachvollziehen.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erklärt, dass es derzeit allgemeiner Tenor sei, den Klageweg nicht zu bestreiten. Der Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff sei bereits kontaktiert, um nochmals mit AVACON Kontakt aufzunehmen.

Ausschussmitglied Weiss fordert, dass die Verwaltung die Herausgabe des Gutachtens mit Nachdruck verfolgt. Dieses wird ihm von der Verwaltung zugesagt.

Ausschussmitglied Weiss wird ggfs. einen Antrag auf Klageeinreichung stellen.

Der Bürgermeister fragt, ob ihm bewusst sei, welche weitreichenden Konsequenzen eine Klage haben könne. Der Klageweg sei jedoch durchaus möglich.

Als weiteren Punkt erkundigt sich der Antragsteller nach der Länge des Abschaltungszeitraumes im Falle eine Havarie der 110 kV-Leitung. Er habe bereits den Antrag auf einen entsprechenden Notfallplan gestellt. Beispielhaft gibt Weiss die IVG als Kavernenbetreiber in Friedeburg an. Die IVG unterstütze die Freiwillige Feuerwehr Friedeburg bei der Beschaffung entsprechenden Rüstzeugs. Ausschussmitglied Weiss wünscht eine Erklärung der Verwaltung.

Fachbereichsleiter J. Bohlen verweist auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Verwaltung arbeitet mit Nachdruck an einem entsprechenden Notfallplan. Der Ausschussvorsitzende Reder übergibt die Sitzungsleitung an das Ausschussmitglied Zigan und verlässt den Raum, 17:42 Uhr.

Als letzten Punkt seines Antrages fragt Ausschussmitglied Weiss nach dem Sachstand zur Verlegung des Umspannwerkes und einer Trassenfindung zur Verlegung der 110 kV-Leitung Emden-Conneforde.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erklärt, dass diese Thematik im Arbeitskreis Hochspannung diskutiert werde.

Der Ausschussvorsitzende Reder betritt den Raum und übernimmt den Vorsitz, 17:45 Uhr.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erklärt weiter, dass die Anträge der Fraktionen und Gruppen zu dieser Thematik bewusst zurückgestellt wurden, um diese im Arbeitskreis Hochspannung ausführlich zu behandeln. Der Arbeitskreis soll Vorschläge erarbeiten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ausschussvorsitzende schließt diesen Tagesordnungspunkt, da der Antragsteller seinen Antrag für ausreichend behandelt erklärt.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

26.04.2016

TOP 10 Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016 bezüglich 220/380 kV Höchstspannungsleitung - Raumordnungsverfahren
Vorlage: AN/073/2016

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 12. April 2016 beantragt die Gruppe WB einen TOP zum Raumordnungsverfahren zur 220/380 kV Höchstspannungsleitung Emden/Ost-Conneforde und zu den Abstimmungsgesprächen mit allen von der Leitung betroffenen Kommunen bezüglich der gemeinsamen Forderung nach einer Erdverkabelung aufzunehmen.

Die Verwaltung wird hierzu einen Sachstandbericht zum Raumordnungsverfahren abgeben, welches bereits am 24.06.2015 mit der landesplanerischen Feststellung seitens des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems in Oldenburg abgeschlossen wurde. Ebenso wird der Sachstand zur geforderten Erdverkabelung erläutert.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 10 und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Ausschussmitglied Weiss verliest den Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erhält das Wort und erläutert den derzeitigen Sachstand. Hierzu wird via Beamer die bereits bekannte Trassenführung der geplanten 380 kV-Leitung Emden-Conneforde gezeigt. Die landesplanerische Feststellung hierzu liegt seit dem 24.06.2016 vor.

Ausschussmitglied Weiss erkundigt sich nach dem Sachstand der geforderten Erdverkabelung.

Bürgermeister Völler erklärt, dass die Verwaltung eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet habe und diese gemeinsam mit den betroffenen, umliegenden Kommunen an die zuständige Behörde weiterleiten werde, um der Forderung auf Erdverkabelung Nachdruck zu verleihen.

Ausschussmitglied Weiss bedankt sich für die Umsetzung des Ratsbeschlusses.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt der Ausschussvorsitzende Reder den Tagesordnungspunkt 10.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 11 Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016 bezüglich projektierte Baugebiete der Stadt Wiesmoor
Vorlage: AN/074/2016

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 12.04.2016 beantragt die Gruppe WB einen TOP bezüglich der Projektierungen der Baugebiete Amselweg und Drosselweg sowie Neuer Weg.

Die Verwaltung wird ausführlich die Sachstände zu den einzelnen Planungen darstellen.

Da die maximale Sitzungszeit gemäß Geschäftsordnung erreicht ist, lässt der Ausschussvorsitzende Reder über die Fortführung der Sitzung abstimmen.

Der Abstimmung erfolgt mit 8 Ja-Stimmen einstimmig.

Der Ausschussvorsitzende Reder verliest den Antrag der Gruppe WB vom 12.04.2016.

26.04.2016

Die Verwaltung erhält das Wort. Fachbereichsleiter J. Bohlen erläutert den Sachstand. Letztmalig sei die Thematik am 16.02.2015 in diesem Ausschuss behandelt worden. Via Beamer werden die städtebaulichen Entwicklungsflächen nördlich der Gasleitung und die Flächen für die Wiederverfüllung südlich der Gasleitung gezeigt. Die Flächen nördlich der Erdgasleitung werden derzeit nicht wiederverfüllt. Das Ing.-Büro Thalen aus Zetel erarbeitet für diese Flächen derzeit Konzepte für eine städtebauliche Entwicklung. Ab Ende Mai liegt der Bebauungsplan A24 „Amselweg“ als erster Bauabschnitt im Rahmen des Bauleitverfahrens öffentlich aus. Der zweite Bauabschnitt soll im Anschluss von der Mullberger Straße erschlossen werden. Hier bedarf es weiterer Detailplanungen. Die Entwürfe sollen der Politik mittelfristig vorgestellt werden, so Fachbereichsleiter J. Bohlen.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Aussprache.

Ausschussmitglied Marzodko erkundigt sich nach dem 30 m breiten Schutzstreifen hinter der vorhandenen Bebauung.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erklärt, dass die Thematik im Rahmen der Detailplanung untersucht werden müsse.

Ausschussmitglied Weiss erkundigt sich nach der Wirtschaftlichkeit des Erschließungsvorhabens.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erklärt, dass hierzu im Verwaltungsausschuss berichtet werde. Der Auftrag zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit liege der Verwaltung vor, er möchte dem Verwaltungsausschuss hier nicht vorgreifen.

Zur Erschließung „Neuer Weg“ erläutert Fachbereichsleiter J. Bohlen ebenfalls den derzeitigen Sachstand.

Am 15.03.2016 hat ein Scopingtermin zum notwendigen Bodenabbau stattgefunden. Dieser habe ergeben, dass weitere Unterlagen und Gutachten erforderlich seien. Dem Ing.-Büro Uwe Gerhardt aus Aurich wurde bereits ein entsprechender Auftrag erteilt.

Die erforderliche Bauleitplanung sowie ein Verkehrslärmgutachten sind ebenfalls beauftragt. Die Kompensation soll auf Flächen an der Kanalstraße I sowie evtl. am Zeegenstreek in Voßbarg sichergestellt werden. Einen genauen Zeitplan gebe es derzeit nicht. Vorrangig soll die Bauleitplanung sichergestellt werden, so Fachbereichsleiter J. Bohlen.

Ausschussmitglied Weiss erkundigt sich nach dem Zeitraum für den Erstellung der erforderlichen Gutachten.

Fachbereichsleiter J. Bohlen erklärt, dass diese aller Voraussicht nach Ende 2016 der Verwaltung vorliegen sollen.

Ausschussmitglied Weiss erkundigt sich nach den Moortiefen.

Fachbereichsleiter J. Bohlen verweist auf Bodensondierungen, diese Moortiefen zwischen 2 m und 5 m ergeben haben.

Bürgermeister Völler verlässt den Raum, 18:13 Uhr

Ausschussmitglied Weiss fordert eine zügige Bearbeitung und sieht eine Bevorzugung bei der Bearbeitung von Anträgen, die seitens der Gruppe SPD an die Verwaltung gerichtet werden.

Ausschussmitglied Weiss verlässt den Raum, 18:14 Uhr.

Ausschussmitglied de Buhr empfiehlt, den persönlichen Kontakt zu suchen und nicht nur zeitraubende, häufige Anträge an die Verwaltung zu stellen.

Bürgermeister Völler nimmt um 18:16 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ausschussmitglied Weiss nimmt um 18:18 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, beendet der Ausschussvorsitzende die Aussprache und schließt den Tagesordnungspunkt 11.

26.04.2016

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 12 Umstellung der Ortsbeleuchtung auf LED
hier: Bericht der Verwaltung
Vorlage: IV/067/2016

Sachverhalt:

Wie bereits mehrfach im Verwaltungsausschuss u. Fachausschüssen berichtet, wurde die Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung von herkömmlichen HQL-Leuchten auf LED-Beleuchtung in Stadtgebiet im Jahre 2015 vollzogen.

Die Stadt Wiesmoor betreibt derzeit 960 Lichtpunkte, verteilt im Stadtgebiet an Straßen und öffentlichen Plätzen, wie KGS, Grundschulen oder der Blumenhalle.

Auftakt der Maßnahme war der Auftrag zur Beschaffung von Beleuchtungskörpern an die Firma Nordeon aus Springe durch den VA-Beschluss vom 23.07.2015 am 29. Juli 2015.

Beendet wurde die Maßnahme mit der Schlussrechnung der Firma Kruse am 24.02.2016.

Investiert wurden für die Umstellung der Straßenbeleuchtung 285.160,92 €. Der Haushaltsmittelansatz für 2015 lag bei 330.000 €.

Der Projektträger Jülich unterstützte einen Teil der Maßnahme mit einer Summe von 6.475,03 €. Im Übrigen wurde seitens der KfW-Bank ein zinsgünstiges Darlehen zur Verfügung gestellt. Der Zinssatz beträgt 0,05 % für 10 Jahre.

Der Ausschussvorsitzende Reder eröffnet den Tagesordnungspunkt 12 und erteilt der Verwaltung das Wort.

Die Verwaltung berichtet ausführlich über die Umsetzung der Maßnahme „Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED“.

Die Stadt Wiesmoor betrieb 2015 960 Lichtpunkte, verteilt im Stadtgebiet an Straßen und öffentlichen Plätzen, wie KGS, Grundschulen oder der Blumenhalle.

Hinzu kommen das sog. Trinks-Gelände (Gründerzentrum) und die Kläranlage Wiesmoor sowie aktuell die Inbetriebnahme der Straßenbeleuchtung für das Baugebiet A12 „Georgspark“.

Somit betreibt die Stadt Wiesmoor direkt oder indirekt 1013 Lichtpunkte.

Zur Historie:

Im ersten Lampenkataster der damaligen Gemeinde Wiesmoor, erstellt 1992, waren 382 Lichtpunkte verzeichnet.

Im Jahr 2011 wurde mit der Installation von LED-Beleuchtungen als Straßenbeleuchtungen in Neubaugebieten, u.a. Weidenweg u. Renkenweg begonnen. Über weitere Maßnahmen zwischen 2012 und 2014 wurden die Hauptverkehrsstraßen auf eine LED-Beleuchtung umgestellt.

Auftakt der Maßnahme 2015 war der Auftrag zur Beschaffung von Beleuchtungskörpern an die Firma Nordeon aus Springe durch den VA-Beschluss vom 23.07.2015 am 29. Juli 2015.

Beendet wurde die Maßnahme mit der Schlussrechnung der Firma Kruse am 24.02.2016.

Investiert wurden für die Umstellung und Ergänzung der Straßenbeleuchtung 285.160,92 €. Der Haushaltsmittelansatz für 2015 lag bei 330.000 €.

26.04.2016

Der Projektträger Jülich unterstützte einen Teil der Maßnahme mit einer Summe von 6.475,03 €.

Der Antrag hierzu wurde 2014 gestellt und bewilligt.

Für das Jahr 2015 ab Oktober bestand erneut die Möglichkeit, sich Maßnahmen fördern zu lassen. Eine Förderung kam jedoch für die Stadt Wiesmoor nicht in Frage.

Wie bereits 2014 berichtet, soll sich die Investition innerhalb von 9 Jahren durch die zu erwartenden Einsparung bei den Energiekosten amortisieren. Zudem kommt ein Rückgang der Unterhaltungskosten, Leitungsschäden und Vandalismus sind ausgenommen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführung der Verwaltung.

Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt 12.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 13 Schriftliche Anträge, Anfragen und Anregungen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 13.

Ausschussmitglied Marzodko hat eine Anregung und Anfrage bezüglich des Wohnmobilstellplatzes auf dem Marktplatz.

Bürgermeister Völler erklärt, dass laut Geschäftsordnung diese Anregung hätte schriftlich an die Verwaltung gerichtet werden müssen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt 13.

TOP 14 Einwohnerfragestunde gem. § 17 i. V. m. § 23 der GO

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt 14.

Aus der Einwohnermitte wird gefragt, ob der Verwaltung bereits das Protokoll des Wirtschaftsausschuss des Landkreises Aurich vorliegt.

Der Bürgermeister verneint dieses.

Weiter wird die Frage nach der Haltung zur Hochmoorkultur seitens der Stadt gestellt. Hier verweist der Bürgermeister auf die kommunale Stellungnahme vom 27.10.2015 der Verwaltung an den Landkreis Aurich im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum RRÖP.

Einwohner K. erkundigt sich nach der Ermittlung der Kosten i. H. v. 100.000 € für die Einrichtung von Ortsräten.

Bürgermeister Völler erklärt, dass für die 10 zu errichtenden Ortsräte Haushaltsmittel in Höhe v. 55.000 € zur Verfügung gestellt werden. Die weiteren Kosten entstehen durch zusätzliche Personalkosten in der Verwaltung. Derzeit liegt dieses Thema den Gruppen und Fraktionen zur Beratung vor, so der Bürgermeister.

Der Ausschussvorsitzende betont, dass Politik von Überzeugung und nicht von Ortsräten lebe.

Anwohner R. fragt, in wie vielen Kommunen des Landkreises Aurich es derzeit Ortsräte gäbe?

Bürgermeister Völler nennt die Gemeinden Großefehn, Ihlow, Dornum und die Stadt Aurich.

26.04.2016

Anwohnerin D. hält die Einrichtung von Ortsräten nicht für einen Aprilscherz. Sie fragt, wie mit dem Antrag der Gruppe WB verfahren werde?

Bürgermeister Völler sagt, dass hierfür ein politischer Beschluss erforderlich sei. Die Verwaltung habe ihre Position dargestellt. Die Politik müsse nun dazu beschließen.

Anwohner K. erkundigt sich nach den Beleuchtungszeiten der Straßenbeleuchtung und ob diese ausgeweitet werden könnten?

Bürgermeister Völler meint, dass eine Ausweitung der Beleuchtungszeiten allein im Hinblick auf die Energiewende nicht zielführend sein kann. Punktuell kann die Beleuchtungsdauer überdacht werden.

Anwohnerin D. erkundigt sich nach den Anträgen zur weiteren Bebauung in Marcardsmoor. Diese seien an die Fraktionen und Gruppen verwiesen.

Fachbereichsleiter J. Bohlen teilt mit, dass diese zur Beratung in den Fraktionen und Gruppen liegen, es jedoch noch keine Rückmeldung an die Verwaltung gäbe. Weiter verweist Fachbereichsleiter J. Bohlen auf die Stellungnahme des Landkreis Aurich bezüglich einer weiteren Bebauung in Marcardsmoor.

Da es auf Nachfrage keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt der Ausschussvorsitzende Reder den Tagesordnungspunkt 14.

Der Ausschussvorsitzende Reder schließt die Sitzung um 18:43 Uhr.

Friedrich Völler
Bürgermeister

Klaus-Dieter Reder
Ausschussvorsitzender

Dietmar Schoon
Protokollführer